



Inhalt

Seite

Bekanntmachung der 4. Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und weiteren Entgelten für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesstätte und dem Kinderhort „Bingegeister“ der Stadt Geyer (Elternbeitragssatzung)	2 – 4
---	-------

Impressum

Herausgeber:

Stadt Geyer, Altmarkt 1, 09468 Geyer – Telefon: 037346/105 0

Email: stadtverwaltung@stadt-geyer.com

Verantwortlich für den Inhalt: Bürgermeister Dirk Trommer

Amtsblatt 10-2025-06

Seite 1 von 3

4. Kinderhort (ausschließlich in den Ferien)						
Familie	Betreuungszeit/Tag in h					
	9	8	7	7,5	6,5	5,5
	Elternbeitrag/Monat in €					
1.Kind	135,00	120,00	105,00	112,50	97,50	82,50
2.Kind	81,00	72,00	63,00	67,50	58,50	49,50
3.Kind	27,00	24,00	21,00	22,50	19,50	16,50
alleinerziehend						
1.Kind	121,50	108,00	94,50	101,25	87,75	74,25
2.Kind	72,90	64,80	56,70	60,75	52,65	44,55
3.Kind	24,30	21,60	18,90	20,25	17,55	14,85

Beträgt die Ferienzeit nur einen halben Monat (Herbst- und Winterferien), und es wird für diesen Zeitraum eine höhere Betreuungszeit vereinbart (6, 7, 8 oder 9 h), ergibt sich der monatliche Elternbeitrag aus dem Durchschnitt der bisherigen Betreuungszeit und der Ferienbetreuungszeit.

Wird in den Sommerferien eine Betreuung über die normal vereinbarte Betreuungszeit (7, 8 oder 9 h, anstelle 5 oder 6 h) vereinbart, ist unabhängig von der zeitlichen Inanspruchnahme innerhalb der gesamten Ferien ein Monatsbeitrag der erhöhten Betreuungszeit zu zahlen.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Geyer, den 10.11.2025

D. Trommer



D. Trommer
Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister den Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 4 Satz 2 Nr. 3 oder 4 SächsGemO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.